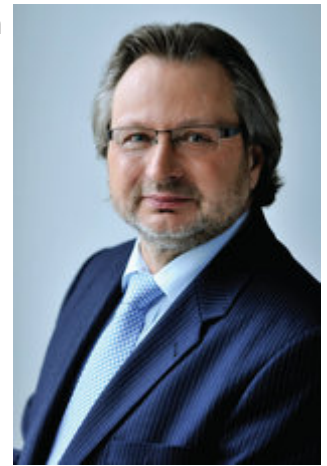


4. Tag der Wohnungswirtschaft auf der ALTENPFLEGE 2015

Wohnungs- und Pflegewirtschaft fordern: Kommunen ans Steuer!

Die Zahlen sprechen für sich: Lediglich 700 000 altersgerechte Wohnungen gibt es derzeit in Deutschland, der Bedarf allein bei über 65-Jährigen mit Mobilitätseinschränkungen liegt aktuell aber bei mindestens 2,7 Millionen entsprechenden Wohneinheiten. Tendenz: rapide steigend. Gelingt es jetzt nicht, viel mehr Wohnungen im Bestand altersgerecht umzubauen bzw. Neubauten zu errichten, werden viele ältere Mieter nicht in ihren Wohnungen bleiben können. Wohnungsunternehmen und -genossenschaften in vielen Regionen abseits der begehrten Ballungsgebiete und Metropolen schlagen deshalb Alarm: Sie suchen Partner aus der **Sozial- und Pflegewirtschaft**, um ihre Mieter zu halten.



Denn für mehr altersgerechten Wohnraum in den Quartieren zu sorgen, sei nicht allein Aufgabe der Wohnungswirtschaft, positionierte sich **Axel**

Viehweger, Vorstand des **Verbands Sächsischer**

Wohnungsunternehmen (VSWG) auf dem "4. Tag der

Wohnungswirtschaft". Wohnungsgenossenschaften seien auf starke Partner

aus der Pflegewirtschaft angewiesen, um sich gemeinsam für mehr

finanzielle Förderung und politische Unterstützung für altersgerechten

Wohnraum einzusetzen. Wie Viehweger waren auch andere Referenten

überzeugt, dass es mehr **kommunale Steuerungsverantwortung** braucht,

um altersgerechte Wohnkonzepte in der Fläche entstehen zu lassen. So

brachte etwa **Wolfgang Pfeuffer**, Vorstandssprecher der **Joseph-Stiftung**,

einem großen kirchlichen Wohnungsunternehmen mit Sitz in Bamberg, die

Funktion eines "kommunalen Kümmerers" ins Spiel, der die Akteure an

einen Tisch bringen könne. Auch **Thorsten Müller**, **Die Johanniter**, sprach

sich für mehr kommunale Steuerung aus. Akteure aus der Wohnungs- und der Sozialwirtschaft

bräuchten vielerorts ein **Schnittstellenmanagement**, um mit ihren Wohnkonzepten über den

Projektstatus hinaus zu kommen und nachhaltig im Markt zu bestehen. Dieses

Schnittstellenmanagement sieht er am besten bei den Kommunen verortet.

Forderte engere Netzwerke und Kooperationen zwischen Wohnungswirtschaft und Sozialwirtschaft: VSWG-Vorstand Axel Viehweger.

Foto: VSWG

Reiner Pröbß, Stadtrat der **Stadt Nürnberg**, nahm den Appell nach mehr

Steuerungsverantwortung der Kommunen gerne auf. Es fehle aber an öffentlicher Förderung aus

dem Bund und den Länder, um die Kommunen in die Lage zu versetzen, bezahlbaren

altersgerechten Wohnraum zu schaffen. Außerdem fehle den Kommunen die rechtliche

Grundlage, in Stadtplanung und Daseinsvorsorge verbindlich gestalten zu können. Hier forderte er

politische Weichenstellungen, damit die Kommunen u. a. öffentlich geförderten Wohnraum wieder

für **Investoren** aus der Wohnungswirtschaft interessant machen könnten.

Bernhard Heimig vom Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW)

schreckt der formulierte kommunale Steuerungsanspruch nicht ab. Denn auch er sieht die

Notwendigkeit einer steuernden Institution, die die Akteure aus Wohnungs- und Sozialwirtschaft

besser vernetzt. An die Bundes- und Landespolitik ging seine Forderung: Die Regelungsdichte herunterzufahren, um es den Wohnungsunternehmen so wieder zu ermöglichen, zu erschwinglichen Preisen bauen zu können.

- Mehr zum "4. **Tag der Wohnungswirtschaft**" lesen Sie in der am **17. April** erscheinenden Print-Ausgabe von [CARE INVEST](#).